

neuköllnisch

November/Dezember 2019
Linkes Informations-
und Diskussionsblatt

→ neukoellnisch.net



Wir gestalten Neukölln. Nicht die Milliardäre.

Hermannplatz und Umgebung: Hier leben, chillen, handeln Neuköllner*innen. Hier ist Platz für alle. Ein Millionenprojekt zur angeblichen Aufwertung braucht niemand. Investoren, behaltet euer Geld! Wir gestalten unseren Kiez selber.

Es geht um alles:

**Am 29. November
ist Klimastreik!**

Privatisierung:

**Keine Zerschlagung
der S-Bahn!**

DIE LINKE.
Bezirksverband Neukölln



Joschka Fischer
Managing Partner



Dietmar Huber
Managing Partner



Alexander Diehl
Partner

Gentrifizierung

Trotz Milchschaum wollen wir keinen Abriss

Eigentümer René Benko will um jeden Preis den Karstadt Hermannplatz abreißen und stattdessen ein Luxus-Einkaufszentrum bauen. Jetzt versucht er, die öffentliche Meinung zu manipulieren.

Im Karstadt-Gebäude feiert eine Ausstellung das 90-jährige Bestehen des Kaufhauses. Sie zeigt seine Geschichte in den rosigen Farben. Fast alles Negative wird verschwiegen. Unerwähnt bleibt zum Beispiel, dass Karstadt ohne Zwang be-

reits 1933 alle jüdischen Angestellten entließ. Die Darstellung des »Wandels« der letzten zwanzig Jahre unterschlägt die drastischen Lohnkürzungen für die Beschäftigten durch den mehrfachen Verkauf des Konzerns. Zur Ausstellungseröffnung kam die Berliner

← **Milchbärte, bleibt zu Hause:** Joschka Fischer hat uns schon Hartz IV beschert. Nun sucht er Neukölln persönlich heim.

Bild: Screenshot der Website von JF&C, eigene Bearbeitung

Wirtschaftssenatorin Ramona Pop (Grüne). Sie und die Berliner SPD mit dem Regierenden Bürgermeister Müller haben Druck auf den Bezirk Kreuzberg gemacht, damit das Luxus-Einkaufszentrum trotz einer anfänglichen Absage doch noch genehmigt wird. Jetzt wird wieder verhandelt.

Der ehemalige grüne Außenminister lässt es sich sicherlich gut bezahlen, seinen Namen für Benkos Hochhauswahnwitz herzugeben.

Aber Bewohner*innen der umliegenden Kieze sind dagegen: Ein Bauprojekt für 500 Millionen Euro bedeutet noch mehr Belastung durch Verkehr und Tourismus, Verdrängung der ansässigen Gewerbe, weiter steigende Mieten und Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen.

Gegen den Widerstand versucht der Signa-Konzern, mit einer als Bürgerbeteiligung

Karstadt abreißen? Was sagen die Anwohner?



Die Basisorganisation Reuterkiez der LINKEN Neukölln war im Kiez unterwegs, um gegen die Karstadt-Pläne des Multimilliardärs René Benko zu werben. Gespräche mit Anwohner*innen zeigen: das Thema beschäftigt die Nachbarschaft. Eindrücke vom Infostand.

Bei Gesprächen mit Anwohner*innen hört man unterschiedliche Meinungen. Wenige finden das Vorhaben super. Sie verweisen auf die interessante Fassade des ursprünglichen Gebäudes oder erhoffen sich eine Auf-

hübschung

← **Sabotage-Aktion** bei Signas »Bürgerdialog«. Der Kiez wehrt sich.

Foto: Carla Aßmann

des Hermannplatzes. Informiert man über die jahrelange Bauzeit für Abriss und Neubau (fünf bis zehn Jahre), werden die Menschen schon nachdenklicher. Sie können nicht nachvollziehen, warum Karstadt abgerissen werden muss, damit der Hermannplatz attraktiver wird.

Berechtigte Befürchtungen

Vereinzelt gibt es Auffassungen, dass sich dringend etwas verändern müsste: Diese Menschen begründen das mit den aus ihrer Sicht unhaltbaren Zuständen auf dem Hermannplatz. Aber das sind nur wenige Stimmen. Die Mehrheit der angesprochenen Pasant*innen reagiert überrascht und empört auf den geplanten Abriss. Auch bei den Betreibern von Ständen auf dem Hermannplatz stoßen die Signa-Pläne auf Unverständnis. Sie befürchten zu recht Verdrängung und als Folge Gewinneinbußen.

getarnten Werbekampagne vorzugehen. Dafür wurde die Beratungsagentur *Joscha Fischer und Company* angeheuert. Der ehemalige grüne Außenminister lässt es sich sicherlich gut bezahlen, seinen Namen für Benkos Hochhauswahnsinn herzugeben. Bereits seit Monaten befragen zwei Meinungsforschungsinstitute in Signas Auftrag Neuköllner Haushalte. Jetzt wurde im Hof von Karstadt ein Radweg aufgepinselt und ein Café für »Bürgerdialoge« hingestellt.

Doch egal wieviel Latte Macchiato er uns ums Maul schmiert und wieviele »Dialoge«, »Foren« und »Beteiligungen« er uns anbietet: Multimilliardär Benko behält zu 100 Prozent die Kontrolle über sein Bauprojekt. Die Neuköllner*innen dürfen reden, aber nichts entscheiden – am Ende bestimmt der Konzern allein. Deshalb kämpft die LINKE weiter gegen den Abriss von Karstadt Hermannplatz. Wir organisieren Protest und Widerstand, statt »Dialoge« ohne Mitbestimmung. ◀

Aktionsgruppe gegen den Karstadt-Abriss, LINKE Neukölln und Friedrichshain-Kreuzberg

Viele haben Angst vor einer Verteuerung der Gewerbemieten und die Wohnmieten. Sie haben eigene Erfahrungen mit Mieterhöhungen oder Umwandlung in Eigentumswohnungen. Aufwertung und Verdrängung sind für viele keine Fremdwörter. Andere sind sich sicher, dass ein Neubau für Signa eine Fehlinvestition wäre, da die hiesige Käuferschaft eher einen Bogen um das geplante Edelkaufhaus machen würde. Insgesamt überwiegt die Skepsis und die Ablehnung der Signa-Pläne. Es ist die Befürchtung vieler Anwohner*innen, in einer verteuerten Einkaufs- und Mietlandschaft nicht mehr dazu zu gehören. Fest steht: Die übergroße Mehrheit der Gesprächsteilnehmer äußert sich ablehnend zu Bauvorhaben. Die BO Reuterkiez wird sich weiterhin an ihren Ständen und Versammlungen gegen den Abriss einsetzen. ◀

Joachim Haske, BO Reuterkiez

Wie die Koalition die Zerschlagung der S-Bahn vorantreibt



Die S-Bahn ist das Herzstück des Berliner Nahverkehrs. Nun überschlagen sich die Ereignisse: Große Teile des Berliner S-Bahn-Netzes werden ausgeschrieben. Für die Zukunft ist zu befürchten, dass verschiedene Betreiber die S-Bahn unter sich aufteilen.

Keine Stadt der Welt hat ein solch intelligentes System aus Kreuz und Ringbahn wie Berlin, das auch das Umland fast vollständig abdeckt. Auf eigenen Gleisen mit einem eigenen Elektrifizierungssystem fährt die Berliner S-Bahn auf einem Netz, das zwar häufig parallel zu Fernverkehrsstrecken verläuft, aber trotzdem völlig unabhängig ist.

Durch eine Kette politischer Fehlentscheidungen befindet sich die S-Bahn allerdings seit mehr als 10 Jahren in einer Dauerkrise. Erst wurde sie durch den Börsenkurs der Muttergesellschaft Deutsche Bahn AG kaputtgespart, dann entschied sich der Berliner Senat unter dem Mantra des »Wettbewerbs auf der Schiene«, das Netz in drei Teilnetze aufzuspalten und diese separat auszuschreiben.

Dabei ist klar, dass ein solcher Pseudowettbewerb ausschließlich Nachteile birgt. Neben erheblichen Unsicherheiten für die Beschäftigten haben temporäre Betreiberfirmen eines Teilnetzes keinerlei langfristiges Interesse an dessen Weiterentwicklung. Sie wollen lediglich – solange sie am Zuge sind – den meisten Profit herausholen. Das geht am besten durch Abwirtschaften der Infrastruktur und/oder Lohndumping. Durch zahlreiche neue Schnittstellen sind Konflikte zwischen den Betreibern sowie dem Land vorprogrammiert. Die Regio-Netze anderer Bundesländer dienen hervorragend als abschreckende Beispiele.

Nun wurde die Ausschreibung von etwa zwei Dritteln des Netzes beschlossen. Weltweit können sich Anbieter auf die Nord-Süd- und/oder Ost-West-Strecken bewerben.

Maßgeblich vorangetrieben wird der Prozess vom grünen Verkehrssenat, unterstützt durch die Beratungsgesellschaft KCW. Die ursprünglich vorgesehene zwingende Zerschlagung des Netzes in der Ausschreibung ist durch Intervention von SPD und LINKEN zwar verhindert worden. Damit ist eine Vergabe von Teilnetzen auch an externe Unternehmen aber noch lange nicht vom Tisch. Im Gegenteil: Der Senat unterstützt Fremdanbieter sogar bei ihrer Bewerbung. Auf Landeskosten soll für sie eine neue große Werkstatt für die Instandhaltung gebaut werden. Für einen zwei- bis dreistelligen Millionenbetrag werden hier öffentliche Gelder für Parallelstrukturen verschleudert, die für wichtige Ausbauprojekte fehlen.

Dabei ist die Senatspolitik alles andere als alternativlos. Auf Ausschreibungen von Teilnetzen könnte künftig verzichtet werden. Häufig wird argumentiert, dass aufgrund von EU-Vorgaben kein Handlungsspielraum bestehe. Diese Auffassung ist aber falsch: Eine Direktvergabe des S-Bahnnetzes an die S-Bahn Berlin GmbH wird derzeit nur vom »Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen« (GWB) verhindert – einem Bundesgesetz. Die diesem Gesetz zugrundeliegende EU-Verordnung hingegen lässt Ausnahmen für besondere Netze zu. Eine erfolgreiche Bundesratsinitiative zur minimalen Änderung des GWB, die auch für das Land Hamburg mit seinem S-Bahn-Netz interessant sein könnte, würde das Problem lösen.

Berlin braucht eine leistungsfähige, öffentlich-rechtliche S-Bahn aus einer Hand. Auch die Entwicklung neuer Baureihen sollte langfristig in die öffentliche Hand überführt werden. Dies wäre die Grundlage für langfristige Planungszyklen auf dem einzigartigen Berliner Netz. Man wäre unabhängig von langwierigen, teuren und bürokratischen Ausschreibungsprozessen sowie Fehlleistungen der privaten Bahnindustrie. In diese Richtung verweigert der Berliner Senat bisher jedoch jegliche Aktivitäten. ◀

Ludwig Lindner ist aktiv in der BO Hermannstraße der LINKEN Neukölln.



Keine Rodungen am Weigandufer mehr!

Berlin im Klimastress: im Sommer war es außergewöhnlich heiß, jetzt regnet es wochenlang. Alles was diese Extreme mildert ist richtig – jedes Grün für die Stadtbewohner*innen wichtig. Trotz Protesten hat das Neuköllner Straßen- und Grünflächenamt nun einen ganzen Streifen schattenspendender Sträucher gerodet.

Dass Weigandufer mit Weichsel- und Wildenbruchplatz ist eine beliebte Promenade. Zur Erhöhung der sozialen Kontrolle wurden unter Ex-Bürgermeisterin Frau Giffey beide Parks bereits übermäßig ausgelichtet. Beim Uferweg gab es Mängel in Unterhalt und Pflege, aber ein später Schnitt der hoch aufgewachsenen Sträucher ließ auf Einsicht hoffen.

Was folgte war mit städtebaulichen Fördermitteln finanziertes unreflektiertes Handeln. Aus Personalmangel hatte das Amt die Pla-

nung für Abschnitte des Weigandufers an freie Büros abgegeben. Der Öffentlichkeit wurden zunächst die Ausbesserung des Uferweges und ein Rückschnitt in Aussicht gestellt. Das Grünflächenamt setzte mehrfach Planänderungen zu Gunsten einer pflegeleichten Gestaltung durch. Selbst der Senat wurde bemüht um die mangelnde Schutzwürdigkeit des Gehölzstreifens zwischen Straße und Uferweg zu begründen. Für eine freie Sicht auf Wasser bzw. Straße – mußten nun alle Großsträucher weg. Statt eines schmalen mittigen „Winterweges“ wurde eine fast vollständige Pflasterung angewiesen. An-



© Flickr / Angela Schlafmütze

Verkehrspolitik

Vom Leben überholt

Viele Berliner*innen nutzen kein Auto. Höchste Zeit, sich daran anzupassen.

Immer mehr Berliner*innen erreichen ihre Ziele mit dem Öffentlichen Nahverkehr, mit dem Rad oder zu Fuß. Die Autonutzung sinkt seit 1998, die Fahrgastzahlen bei BVG und S-Bahn steigen. 44 Prozent ihrer Wege legen die Stadtbewohner*innen durchschnittlich zu Fuß oder mit dem Fahrrad zurück. Wer mit dem Fahrrad unterwegs ist, erreicht in der Stadt schnell sein Ziel und günstig ist es auch noch. Denn Fahrräder sind nicht nur in der Anschaffung billiger als Autos, auch danach kostet jeder gefahrene Kilometer weniger. Bei einem VW Golf muss man auf dieser Strecke (inkl. Steuern, Wartung, Wertverlust etc.) mit 49 Cent rechnen, beim Fahrrad sind es 3,5 Cent. Kein Wunder also, dass mittlerweile auf 1.000 Einwohner*innen Berlins rund 850 Fahr-

Klimastreik ~~ge-~~ verboten!

Die Bewegung Fridays For Future hat innerhalb weniger Monate erreicht, dass sich eine breite Öffentlichkeit den Gefahren der Klimaerwärmung zuwendet. Aber der Druck reicht noch nicht aus. Trotz oder gerade wegen der rechtlichen Unklarheiten sollten die Gewerkschaften für den 29. November zum Klimastreik aufrufen.

Am 20. September fanden im Rahmen des weltweiten »Klimastreiks« die wohl größten Proteste seit Bestehen der Bundesrepublik statt. Weil die Maßnahmen der Bundesregierung zur Senkung des CO₂-Ausstoßes bei weitem nicht ausreichen, um die katastrophale Entwicklung aufzuhalten, ruft Fridays For Future zu einem weiteren Klimastreik am 29. November auf. Der Klimawandel geht alle an, nicht nur die jungen Menschen in den Schulen und die Studierenden, sondern auch die vielen abhängig Beschäftigten: Ohne sie wird der notwendige Druck nicht aufgebaut werden können, um die Politik zu ändern. Wenn die Beschäftigten sich nicht selbst zu Wort melden, werden die Folgen des Klimawandels auf ihrem Rücken ausgetragen. Die Bundesregierung will mit ihrem Klimapaket vor allem die unteren und normalen Einkommen belasten und die Vermögenden und großen Konzerne schonen.

Politische Streiks sind nicht verboten

Am Freitag, dem 29. November, erwarten viele Kinder und Jugendliche, dass auch die Erwachsenen die Arbeit niederlegen. Entgegen der verbreiteten Meinung wäre solch ein politischer Demonstrations-Streik nicht verboten. Im Jahr 1986 riefen die Gewerkschaften schon einmal zu einem politischen Streik auf, damals gegen die Einschränkung des Streikrechts. Im Vor-

hinein suchten die Arbeitgeber diesen zu unterbinden. Nur in acht von 17 Gerichtsverfahren hatten sie damit Erfolg. Auch in den Jahren 2000 und 2007 kam es zu Arbeitsniederlegungen aus Protest gegen die Rente mit 67. Zwar riefen die Gewerkschaften nicht offiziell dazu auf, aber organisiert wurden die Streiks in den Betrieben von Gewerkschafter*innen.

Die Haltung, wonach politische Streiks als verboten gelten, stammt aus dem kalten Krieg und geht auf ein Gutachten des Juristen Hans Carl Nipperdey zum Zeitungsstreik des Jahres 1952 zurück. Nipperdey hatte schon während der Nazizeit einen Kommentar zum faschistischen Arbeitsrecht verfasst und wurde in der BRD erster Präsident des Bundesarbeitsgerichts.

Inzwischen hat sogar das Bundesarbeitsgericht erkennen lassen, dass die Beschränkung der Streikziele auf Tarifverträge einer Überprüfung bedarf. Im Jahr 2007 hat es ausdrücklich offen gelassen, ob »reine Demonstrationstreiks, mit denen (...) lediglich Protest oder Sympathie - etwa für oder gegen Entscheidungen des Gesetzgebers - zum Ausdruck gebracht werden soll« zulässig sind. Das Bundesverfassungsgericht hat sich nie zu dieser Problematik geäußert. Entgegen der allgemeinen Auffassung gibt es also keine Rechtssicherheit über die Zulässigkeit von politischen Streiks. Um hier Klarheit zu erreichen und Schritte in Richtung einer Ausweitung des Streikrechts unternehmen zu können, ist es notwendig, dass die Gewerkschaften Präzedenzfälle schaffen.

Eine gut vorbereitete Aktion in ausgewählten Betrieben im Rahmen des Klimastreiks am 29. November könnte also sowohl den dringend nötigen politischen Druck auf die Bundesregierung erhöhen, als auch mit kalkulierbarem Risiko und breiter Unterstützung zur rechtlichen Klärung der Zulässigkeit von politischen Streiks beitragen. ◀

Redaktionell gekürzte Version eines Artikels von **Benedikt Hopmann**. Vollständiger Artikel auf → neukoellnisch.net

fallendes Regenwasser soll künftig in stahlgefaßten Hochbeeten versickern, die sonst nicht nötig wären. Per Bilanztrick versucht das Amt nachzuweisen, dass trotz mehr Pflaster auch mehr Grün entstehe. Es zählt einen neuen Grasstreifen entlang des Wildenbruchparks dazu, der den Fußweg unterbricht. Aber Gras und einzelne Sträucher können den Verlust an grünem Lebensraum nicht aufwiegen. Ein kahler Abschnitt an der Treptower Brücke ist bereits versteppt. Wo durch Dürre und Sturmschäden Gehölze ausfallen muß der Bestandserhalt Vorrang haben.

Abgestimmte Maßnahmen statt starrer Vorgaben

Am Weigandufer wurden die Belange von Grün, Naturschutz und Regenwassermanagement sowie Fußgänger-, Rollstuhl- und Radfahrer*innen gegeneinander in Stellung gebracht. Der Protest der Anwohnerschaft mit Eigenentwurf, Unterschriftensammlung sowie die Auseinandersetzung im Rathaus hatten wenig Erfolg. Vermittlungsversuche scheiterten. Das kann sich Neukölln nicht mehr leisten. Die nächste Maßnahme muß verhältnismäßig, bei Bürgerbeteiligung abgestimmt und fachlich vertretbar sein. Keine weiteren Rodungen am südöstlichen Weigandufer! ◀

Marlis Fuhrmann, bau- und wohnungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE Neukölln

räder kommen - und 326 Autos. Leicht gemacht wird es Radfahrer*innen und Fußgänger*innen aber nicht. Fahrradwege sind zu schmal oder zugesperrt, es gibt zu wenig Zebrastreifen und oft dürfen Autos schnell fahren, obwohl Tempo 30 für alle entspannter wäre. Das Problem: Die Verkehrspolitik orientiert sich in Deutschland immer noch vor allem am Auto. Es wird meist großzügig der Autoverkehr geregelt und dann geschaut, wieviel Platz für alle anderen bleibt. Die Folge: Es ist laut, stressig und oft auch gefährlich. Wer im Verkehr auf der Sonnenallee, Hermannstraße, Karl-Marx-Straße oder anderswo in Neukölln unterwegs ist, kennt das. Verbessert wird die Situation in Berlin nur langsam. Dabei wäre es möglich, schnell etwas zu ändern. Indem der ÖPNV massiv ausgebaut und für alle kostenlos gemacht wird, aber auch, indem der Platz umverteilt wird und das Auto bei Entscheidungen und Planungen nicht mehr die Hauptrolle spielt. Für viele Menschen in der Stadt tut es das bereits jetzt nicht. Wenn es mehr Alternativen zum Auto gibt, können mehr Menschen umsteigen. Das würde Berlin noch lebenswerter machen - und die Straßen demokratischer. ◀

Rita Holland ist tot

Ende Oktober nahm sich Rita Holland das Leben. Ihr Freitod ist ein weiteres, trauriges Kapitel in der Geschichte des Neuköllner Rechtsterrorismus. Sie war die Mutter von Luke Holland, einem 31-jährigen Briten, der im September 2015 vor einer Neuköllner Kneipe mit einer Schrotflinte erschossen wurde. In der Wohnung des Täters fand man unter anderem eine Hitler-Büste. Rita Holland litt jahrelang unter der ausbleibenden Aufklärung des Mordes an ihrem Sohn.

Als der Kasseler Regierungspräsident Walter Lübcke (CDU) im Juni 2019 von einem Nazi erschossen wurde, rückte der organisierte Rechtsterrorismus erneut für kurze Zeit ins Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit. Das war überfällig: 198 Todesopfer durch rechten Terror zählt die Amadeu-Antonio-Stiftung seit 1990. Leider führte es nicht dazu, dass die Sicherheitsbehörden die Aufklärung von Nazi-Terror vorantreiben.

Für den Mord an Luke Holland wurde Rolf Zielezinski 2016 zu elf Jahren und sieben Monaten Haft verurteilt.

Sein hoher Alkoholpegel galt als mildernder Umstand. Zwischen Opfer und Täter bestand keine Verbindung außer dem zufälligen Treffen in der Kneipe. Zielezinski hatte sich zuvor lautstark beschwert, dass überall nur noch englisch gesprochen würde. Trotzdem wurde Rassismus von den Richtern als Tatmotiv ausgeschlossen. Das ist vor allem wegen der Funde in der Wohnung des Täters verstörend.

Verbindung vom Mord an ihrem Sohn zu dem an Burak Bektaş

Phil Holland, Lukes Vater, beklagte sich später: »Wir sind bestürzt, wie der Richter in Lukes Fall, behaupten konnte, Zielezinski sei kein Nazi. Er hatte so viele illegale Waffen, Nazi-Devotionalien, Adolf Hitler-Büsten in seiner Wohnung, Gerätschaften zum Herstellen von Munition, und trotzdem behauptet der Richter, dass er kein Nazi wäre. Das ist eine völlige Fehleinschätzung!«. Das Gericht folgte auch nicht der Forderung der Anwälte, das persönliche Umfeld von Zielezinski zu befragen, um mehr über dessen offensichtliche rechte Gesinnung zu erfahren.

Die »Initiative für die Aufklärung des Mordes an Burak Bektaş« trauert in einer Mitteilung um Rita Holland und sieht Ver-

bindungen zwischen beiden Fällen. Bektaş wurde 2012 in Neukölln erschossen. Trotz vieler Hinweise wurde der Fall nie aufgeklärt. Die Behörden wollten nicht in Richtung einer fremdenfeindlichen Tat ermitteln. Auch hier führten Spuren zu Zielezinski. Rita Holland stand in engem Kontakt zu der Initiative und war stets davon überzeugt, dass ihr Sohn noch am Leben sein könnte, wenn im Mordfall Bektaş ordentlich ermittelt worden wäre.

Dass es in Neukölln nicht noch mehr Todesopfer rechter Gewalt gibt, ist teilweise bloßes Glück. Zahlreiche Anschläge auf Autos und Wohnhäuser linker und antifaschistischer Aktivist*innen sind bis heute unaufgeklärt. Die Polizei spielt eine, gelinde gesagt, ungunstige Rolle. Im Fall des Brandanschlags auf das Familienhaus des LINKE-Politikers Ferrat Kocak wussten Polizei und Verfassungsschutz über die rechten Machenschaften bescheid. Man hielt es aber weder für angemessen, Kocak zu warnen, noch wurden die Pläne vereitelt. Obwohl sogar Aufzeichnungen der Beschattung Kocaks durch einschlägig bekannte Nazis vorliegen, verlaufen die Ermittlungen im Sande. Vor wenigen Monaten wurde von taz-Journalist*innen aufgedeckt, dass ein hochrangiger Kriminalbeamter mit dem Hauptverdächtigen persönlichen Kontakt pflegt. ◀

Daniel Anton ist aktiv in der BO Süd der Neuköllner LINKEN.

88 – so viele rechte Delikte zählt die Polizei 2019 in Neukölln. Das geht aus einer Anfrage der LINKEN im Abgeordnetenhaus hervor. Darunter sind Gewaltdelikte, aber auch auffällig viele Propagandadelikte – rechte Schmierereien, teils an Privatadressen, Sticker mit verfassungsfeindlichen Symbolen und Ähnliches.

12.500 – so viele rechte Straftaten wurden in Deutschland in diesem Jahr verzeichnet. 542 davon waren Gewalttaten, mindestens 250 Menschen wurden bei rechten Angriffen verletzt. Der Halle-Anschlag sowie der Mord

an Lübcke forderten Todesopfer. Bei der hohen Dunkelziffer und den teilweise unzureichenden Statistiken ist mit einer höheren Anzahl zu rechnen.

25.679 ist die Anzahl der Unterschriften für eine Petition zur Aufklärung der Neuköllner rechten Anschlagsserie. Initiiert ist sie von den Betroffenen des rechten Terrors. Sie fordern einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss, der den Umgang von Polizei und Sicherheitsbehörden mit der Anschlagsserie offenlegt. Selbst das LKA hat mittlerweile Fehler bei der Ermittlungsarbeit eingeräumt. Aber trotz der Bitte der Betroffenen hat der Generalbundesanwalt bereits mehrmals abgelehnt, die Ermittlungen an sich zu ziehen. Untersuchungsausschuss jetzt!



»Bis alle Neonazi-Strukturen zurückgedrängt sind«

Ferat Kocak ist im Vorstand der LINKEN Neukölln, beim Netzwerk Links*Kanax und bei der kurdisch-türkischen HDP. Auf der Demonstration »Kein Fussbreit! Antisemitismus und Rassismus töten« des #unteilbar!-Bündnisses am 13. Oktober 2019 in Berlin mit 13.000 Teilnehmer*innen sprach er als Betroffener des rechten Terrors. neuköllnisch dokumentiert Auszüge aus seiner Rede:

Selam und Shalom Berliner*innen, Antifaschist*innen!

Ein Dankeschön an diese überwältigende Zahl an Menschen, die sich die Zeit genommen haben, um heute gemeinsam den Betroffenen von rechtem Terror und von dieser menschenverachtenden Ideologie zu gedenken. Gemeinsam zu mahnen und ein Zeichen zu setzen gegen Rassismus, Antisemitismus und Nationalismus jeglicher Herkunft. Wir sind mehr und wir werden von Tag zu Tag noch mehr – weil unsere Solidarität unteilbar ist, liebe Antifaschist*innen.

Die Bilder in Halle haben mich an das Christchurch Massaker im März 2019 erinnert, bei dem ein Neonazi in zwei Moscheen eingedrungen ist und zahlreiche Gläubige beim Freitagsgebet erschossen hat. Auch hier

wurde schnell von einem Einzeltäter gesprochen. Nicht die Sicherheitsbehörden mit ihren V-Leuten und Milliarden an Steuergeldern für den Schutz der Bevölkerung haben ein Christchurch Massaker in Halle verhindert, sondern eine sichere Tür – vielleicht sogar der Glaube der Menschen im Inneren der Synagoge.

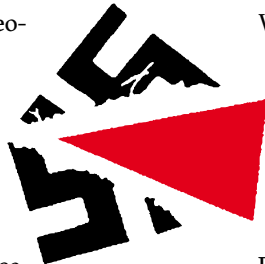
»Den Druck aufrecht erhalten«

Ich dachte eigentlich, dass die NSU-Morde eine Lehre sein würden für alle Demokrat*innen und Menschen, die sich gegen Faschismus einsetzen. Aber nein, wir diskutieren lieber darüber ob eine demokratisch gewählte Partei faschistisch sein kann und über den Unterschied von Menschen, die sich gegen Faschismus einsetzen und Antifaschist*innen. Ich habe dazu nur Eines zu sagen:

Wir sind alle Antifaschist*innen.

Und wir müssen den Druck aufrecht erhalten, bis alle Neonazi-Strukturen im Staatsapparat wie auch auf den Straßen, zurückgedrängt werden. Hier ist kein Platz für

Rassismus, kein Platz für Antisemitismus und auch kein Platz für nationalistische Hetze. Ich fordere von den Sicherheitsbehörden: Geht konsequent dagegen vor und stoppt diesen Neonazi-Terror! Ich engagiere mich schon seit jungen Jahren aktiv gegen jeden Rassismus, Antisemitismus und Nationalismus. Aus diesem Grunde bin ich



mit meiner Familie vor kurzem selbst bei einem rechten Anschlag nur knapp mit dem Leben davongekommen.

Die Sicherheitsbehörden wussten, dass ich von zwei gewaltbereiten rechten Extremisten beobachtet und verfolgt werde, einer von ihnen zur Zeit des Anschlages Vorstandsmitglied der AfD und der andere ehemaliger NPD-Kreisvorsitzender in Neukölln. Jedoch wurde ich von den Sicherheitsbehörden nicht gewarnt.

»Finger einer Faust«

Wer diesen Neonazis und ihrer politischen Stimme in den Parlamenten die materielle Grundlage entziehen will, muss die Menschen erreichen, die von Altersarmut betroffen sind, die von Kinderarmut betroffen sind, die von prekärer Arbeit betroffen sind. Die sich die steigenden Mieten nicht mehr leisten können, deren Gesundheit einer Zweiklassenmedizin ausgeliefert ist. Wir müssen dem unsere soziale und solidarische Mobilisierung entgegenstellen, auch an der Seite von Seebrücke, we'll come united, Aufstehen gegen Rassismus, Extinction Rebellion, Fridays For Future und weiteren Bewegungen.

Meine Lebenspartnerin ist jüdischen Glaubens, ich bin gläubiger Atheist mit muslimischen Wurzeln und wir sind unteilbar. Lasst uns weitere unteilbare Brücken bauen, im privaten wie auch gesellschaftlich, anstatt sie einreißen zu lassen. Jede weitere Brücke der Solidarität ist eine weitere Niederlage der rechten Nationalist*innen weltweit. Wir sind wie fünf unterschiedliche Finger einer Hand, lasst uns fünf Finger einer gemeinsamen Faust werden und Solidarität ist die Kraft dieser Faust. Hoch lebe die internationale Solidarität über die von Menschen geschaffenen Mauern und Grenzen hinweg! ◀





Die Gropiusstadt rückt zusammen

Im Neuköllner Süden tobt der Mietenkampf. Seit Beginn 2018 schließen sich in Gropiusstadt Mieter*innen zusammen, um gegen dreiste Methoden von Deutsche Wohnen und Gropiuswohnen vorzugehen. Mittlerweile ist aus einem kleinen Kreis von Aktiven der Mietentisch geworden. Ein Bericht aus der Praxis.

In der Gropiusstadt am unteren Rand Neuköllns kündigt sich ein Gewitter an. Man hört den Donner näher kommen. Trotzdem haben sich rund 200 Mieter*innen der umliegenden Häuser auf dem Lipschitzplatz zu einer Kundgebung unter dem Motto »Bezahlbare Mieten für alle« versammelt. Bedrohlicher als der Donner scheint für sie nämlich das zu sein, was man seit Langem überall in Berlin beobachten kann: Steigende Mietpreise und Verdrängung.

In der Gropiusstadt organisiert sich dagegen auf Initiative einiger Aktivist*innen der LINKEN Neukölln Widerstand. Anfang 2018 begannen wir im Rahmen eines Community Organizing Modellprojekts an Türen zu klin-

geln, um Mieter*innen kennenzulernen und mit ihnen gemeinsam Druck auf Bezirkspolitik und Hausverwaltungen zu machen. In der Gropiusstadt sind ein Großteil der Wohnungen im Bestand der Deutschen Wohnen und Gropiuswohnen – die meisten davon waren früher Sozialwohnungen der GEHAG GmbH, die 1998 teilprivatisiert wurde.

Spontanprotest auf der Karl-Marx-Straße

Mittlerweile gibt es in vier Häusergruppen viele Kontakte und teils stabile Mieter*inneninitiativen. Allen voran hat die Mieter*inneninitiative Ulli mit zwei Häusern im Ulrich-von-Hassel-Weg kürzlich Erfolge erzielt. Los ging es, als die Mieter*innen im Herbst 2018 eine Ankündigung für energetische Sanierungen im Briefkasten hatten, auf die eine Mieterhöhung von bis zu 300 Euro folgen sollte.

Mieter*innen schrieben einen Brief mit Forderungen an das Bezirksamt. Außerdem besuchten sie mit einem selbstgemachten Transparent eine BVV und trugen ihre Forderungen bei einer anschließenden Spontandemo auf die Karl-Marx-Straße. Mit ihrem Dagegenhalten haben sie Gropiuswohnen

dazu bewegt, die Mieterhöhungen niedriger ausfallen zu lassen – für manche Mieter*innen bedeutete dies Einsparungen von über 50 Euro pro Monat.

Von Einzelhäusern zum Mietentisch

Doch Mieterhöhungen und Verdrängung beschränken sich nicht auf einzelne Häuser. Deswegen gibt es jetzt die Veranstaltungen vom Mietentisch Gropiusstadt. Bei Kaffee und Kuchen kommen Mieter*innen zusammen, die sich für eine bezahlbare Gropiusstadt für alle einsetzen wollen. Gemeinsam mit eingeladenen Expert*innen werden Ideen zur Einschränkung des Mietenwahnsinns diskutiert. Zu Besuch waren unter anderem schon Michael Prütz von der Kampagne »Deutsche Wohnen & Co enteignen«, Stadtsoziologe Andrej Holm oder Gaby Gottwald (LINKE). Bei einer Kundgebung unter dem Motto »Wir dämmen zurück! Gegen soziale Kälte!«, machten Mieter*innen mit mitgebrachten Topfdeckeln und Pfannen ordentlich Lärm vor dem Büro von Gropiuswohnen, um gegen die drastischen Mieterhöhungen im Rahmen der energetischen Sanierungen zu protestieren.

← Beisammensitzen unter dem Motto »Deutsche Wohnen & Co. grillen«.

Foto: Henrike Müller-Mahn

Den Mieter*innen der Gropiusstadt geht es längst nicht mehr nur um ihre eigenen Mietzahlungen. Das Problem liegt in ganz Berlin. Darum hat sich auch zur großen Demonstration gegen den Mietenwahnsinn im April 2019 und zur Demo zum Mietendeckel am 3. Oktober 2019 ein kleiner Block aus Mieter*innen aus der Gropiusstadt zusammengefunden. Für manche von ihnen waren es die erste Teilnahme ihres Lebens an einer Großdemonstration.

Die Betroffenen übernehmen das Ruder

Nachdem die Anfänge des Mietentischs Gropiusstadt vorwiegend von den Aktivist*innen der LINKEN organisiert wurden, gibt es mittlerweile eine Planungsgruppe, in der Mieter*innen der Gropiusstadt die Mehrheit bilden. Sie kümmern sich um Organisatorisches oder diskutieren Inhaltliches: Welche Themen sind gerade wichtig? Welche Expert*innen sollen als nächstes eingeladen werden? Der nächste Mietentisch wird eine Informationsveranstaltung zum Mietendeckel sein.

Auf dem Lipschitzplatz ist das Gewitter inzwischen angekommen. Doch die Mieter*innen der Gropiusstadt lassen sich nicht abschrecken. Der eingeladene Arbeiter*innenchor singt kurzerhand in einem spontan organisierten Raum des Gemeinschaftshauses am Platz und alle rücken etwas näher zusammen. Zusammenrücken – das klappt in der Gropiusstadt. ◀



Tipps zur Teilnahme am Klimastreik

Für den nächsten Klimastreik am 29. November wie für andere Demonstrationen gilt: Es ist wichtig, dass möglichst viele Leute teilnehmen, um ein deutliches Zeichen zu setzen. Für Arbeitnehmer stellt die Demonstration am Freitag Mittag möglicherweise eine Herausforderung dar.

Wenn ihr außerhalb eurer Arbeitszeit am Klimastreik teilnehmen oder eure Arbeitszeiten entsprechend legen könnt, solltet ihr das tun.

Wenn die Teilnahme an der Demonstration in eure Arbeitszeit fällt und diese sich nicht verlegen lässt, besprecht euch mit euren Kolleg*innen, ob sie ebenfalls teilnehmen möchten. Eine möglichst große Gruppe von Kolleg*innen ist der beste Schutz vor arbeitsrechtlichen Konsequenzen. Gemeinsam könnt ihr auch einschätzen, wie eure Vorgesetzten wohl reagieren werden. Wenn ihr euch gemeinsam entscheidet, während der Arbeitszeit an der Demonstration teilzunehmen, teilt das eurer Vorgesetzten unbedingt vorher mit.

Grundsätzlich unterliegen Streiks, zu denen keine Gewerkschaft aufgerufen hat, in Deutschland nicht dem Schutz des Arbeitsrechts. Euer Arbeitsvertrag hebt eure grundgesetzlich geschützten Rechte aber nicht aus. So habt ihr z.B. das Recht, zur öffentlichen Meinungsäußerung auch an einer Demonstration teilzunehmen. Das Unternehmen muss euch für die Zeit der Demonstrationsteilnahme bzw. des Streiks jedoch nicht bezahlen. Am Tag der Demonstration meldet euch ordnungsgemäß bei der Arbeit ab, und meldet euch auch wieder an, wenn ihr von der Demonstration zurück seid (sofern ihr danach noch weiterarbeitet).

Am besten erkundigt ihr euch auch vorher bei eurer Gewerkschaft nach rechtlichen Empfehlungen für die Teilnahme am Klimastreik. Bittet die Juristen euch zu sagen, wie ihr möglichst rechtssicher teil-

nehmen könnt und macht deutlich, wie wichtig euch das Anliegen ist. In der Gewerkschaft könnt ihr auch mit anderen Kolleg*innen besprechen, wie sie bei sich im Betrieb mit der Teilnahme am Klimastreik umgehen bzw. welche Alternativen sie bei sich finden, wenn die Teilnahme nicht möglich ist. Für die Klimastreikwoche Ende November gibt es z.B. den Vorschlag, die Betriebsversammlung in diesem Zeitraum durchzuführen. Dadurch kann man einerseits als Belegschaft Unterstützung für das Anliegen zeigen, und andererseits mit den Kolleg*innen ins Gespräch kommen, was Klimaschutz für die Einzelnen und für die Realität im Betrieb bedeutet.

Sprecht unter den Kolleg*innen miteinander

Grundsätzlich gilt: Tragt diese Diskussion in möglichst viele Zusammenhänge hinein, um Unterstützung für das Anliegen zu gewinnen. Nehmt Leuten nicht übel, wenn sie erstmal anders darüber denken, sondern gebt ihnen durch Gespräche die Gelegenheit, ihre Meinung zu ändern, und hört ihnen zu, welche ihrer Anliegen vielleicht noch stärker berücksichtigt werden müssen.

Und falls ihr noch nicht Mitglied seid: Tretet in die Gewerkschaft ein, denn bessere Arbeits- und Lebensbedingungen können wir nur gemeinsam durchsetzen. Das gilt ebenso für eine Klimapolitik, die die Lebensinteressen der abhängig Beschäftigten ins Zentrum stellt und eine solidarische Transformation der Wirtschaft befördert. Wenn die Gewerkschaften irgendwann offiziell zum Klimastreik aufrufen sollen, wird das nur passieren, wenn viele Mitglieder das einfordern und die Kolleg*innen in ihren eigenen Betrieben tatsächlich massenhaft zur Teilnahme mobilisieren können. ◀

Susanne Steinborn ist aktiv in der BO Hermannstraße der LINKEN Neukölln.

Aus dem Neuköllner Rathaus

Gedenken an Widerstand und das Zögern des Bezirksamts

Endlich 1: Nachdem die Fraktion DIE LINKE 2017 – noch zu Giffey's Zeiten – auf den katastrophalen Zustand der Grabstätte des kommunistischen Widerstandskämpfers

Werner Seelenbinder hingewiesen

hatte, ist diese nun wieder hergerichtet. Für eine von der BVV bereits beschlossene Infosteile allerdings fehlte das Geld. DIE LINKE erreichte, dass die Mittel dafür in den Haushalt 2020/21 eingestellt werden. Und sie ehrte den Widerstandskämpfer an dessen 75. Todestag mit einem Grabgesteck.

Wer arm ist, ist nicht »sozial schwach«

Endlich 2: Es ist ein Unding, Armut oder niedriges Einkommen mit sozialer Schwäche gleichzusetzen. Gerade Menschen mit wenig Geld sind häufig sozial besonders engagiert und solidarisch. Auf Initiative von

↓ Die Verordnete Marlis Fuhrmann (LINKE) am Grab von Werner Seelenbinder. Foto: Linksfraktion Neukölln



Doris Hammer, sozialpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE Neukölln, hat das Bezirksamt nun die falsche und erniedrigende Formulierung »sozial schwach« in ihren Schreiben gestrichen. Leider ist die Sprachregelung noch weit verbreitet.

Dass Menschen aufgrund ihrer geringen Kaufkraft als sozial weniger fähig abgestempelt werden, illustriert mal wieder die Verachtung, die von Armut betroffenen Menschen häufig entgegenschlägt.

Armut macht krank – auch in Neukölln

Menschen mit niedrigem Einkommen haben weniger Zugang zum Gesundheitssystem und sind häufiger von chronischen und psychischen Erkrankungen betroffen, kritisiert der im Oktober veröffentlichte Neuköllner Gesundheitsbericht. Gerade Beschäftigte im Niedriglohnbereich werden nicht nur schlecht bezahlt, sondern leiden häufiger unter chronischen Erkrankungen. Betroffen sind insbesondere ältere Menschen, da diese in Neukölln auch besonders von Armut gefährdet sind. Jede*r elfte Neuköllner*in über 65 Jahren ist arm. »Besorgniserregend ist die hohe Dunkelziffer von 68 Prozent bei denjenigen, die zum großen Teil aus Scham keine Grundsicherung beantragen.« findet Doris Hammer. »Auch die oft fehlende soziale Teilhabe und fehlende soziale Kontakte füh-

ren über alle Altersstufen hinweg zu gesundheitlichen Probleme. Früher hieß es »Armut ist keine Schande«, heute fällst du durch jedes Raster, wenn du arm bist. Das ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die gelöst werden muss.«

Mietendeckel in Neukölln

Wie weit sind eigentlich die Vorbereitungen auf den Mietendeckel in Neukölln? Das fragte der LINKE-Fraktionsvorsitzende Thomas Licher im Rahmen der Oktober-Sitzung der BVV. Denn damit der Mietendeckel bei den Neuköllner*innen auch ankommt, müssen rechtzeitig Mitarbeiter*innen verpflichtet und gute Informationsarbeit geleistet werden.

Bezirk lässt roden

Gegen die teils schon vorgenommenen, teils noch geplanten Rodungen am Weigandufer hatte sich eine Anwohner*inneninitiative formiert. Sie sammelte innerhalb von zwei Wochen über 700 Unterschriften, um zu verhindern, dass der von vielen geliebten und von Spatzen eifrig frequentierte Gehölzstreifen entfernt wurde. DIE LINKE hat mit der stadtentwicklungspolitischen Sprecherin Marlis Fuhrmann der Ini und dem Thema Gehör verschafft und statt unsinniger Investitionen eine regelmäßige Pflege des bezirklichen Grüns eingefordert. Vergebens: die Zählgemeinschaft von SPD und Grünen verteidigte ihren Rodungsplan vehement. Absurderweise führte sie als Argument den Klimaschutz ins Feld. Deutlich wurde: das Engagement der Zivilgesellschaft wird nicht respektiert. ◀

Impressum

Neuköllnisch, Ausgabe November/Dezember 2019

Neuköllnisch wird herausgegeben von
DIE LINKE Landesverband Berlin,
Kleine Alexanderstr 28, 10178 Berlin.

Auflage der Ausgabe: 3.500

V.i.S.d.P.: Jorinde Schulz

Redaktion: Andreas Faust, Georg Frankl,
Thomas Materano, Isabell Rudek, Jorinde Schulz

Titel: Isabell Rudek

Gestaltung: Andreas Faust, Georg Frankl, Isabell Rudek

Kontaktadresse: DIE LINKE Neukölln, Wipperstr. 6,
12055 Berlin, Tel/Fax: (030) 613 59 19
neukoellnisch@lists.posteo.de

Redaktionsschluss: 05.11.2019

Namentlich gekennzeichnete
Artikel müssen nicht der
Ansicht des Herausgebers
entsprechen.

Neuköllnisch ist auf Recycling-
papier gedruckt.

6/2019





Aktuelle Termine



Kiezdiskussion zum Karstadt-Abriss

Mi, 20. November 2019, 19-22 Uhr
Jugendclub Manege, Rütlistraße 1-3

Gewerbetreibende, Anwohner*innen und Umwelt-Aktivist*innen stellen ihre Perspektiven auf das geplante Projekt am Hermannplatz dar. Anschließend ist Zeit für Austausch und gemeinsame Diskussion.

Eine Veranstaltung der Initiative
»Hermannplatz karSTADT ERHALTEN«



Was bringt der Mietendeckel?

Mi, 27. November 2019, 19-21 Uhr
RigoRosa, Schierker Straße 26

Informationsveranstaltung mit Gaby Gottwald, Abgeordnete im Berliner Abgeordnetenhaus (DIE LINKE).

Eine Veranstaltung der Basisorganisation Hermannstraße



Globaler Klimastreik

Fr, 29. November 2019, 12 Uhr
Brandenburger Tor

Bezirksvorstand tagt parteiöffentlich in der Regel alle zwei Wochen donnerstags. Nächste Sitzung: 11. Juli 2019 um 19 Uhr in den Räumen der LINKEN Neukölln (Geschäftsstelle Wipperstr. 6)

Basisorganisationen

Das basisdemokratische Rückgrat des Bezirksverbands. Interessierte sind jederzeit willkommen!

- › **BO Hermannstraße**
Treffen jeden 2., 4. und ggf. 5. Mittwoch im Monat von 19 bis 21 Uhr im »RigoRosa«, Schierker Str. 26
- › **BO Reuterkiez**
Treffen jeden 2. und 4. Montag im Monat von 18 bis 20 Uhr im »Verein iranischer Flüchtlinge«, Reuterstr. 52
- › **Kiezgruppe Rixdorf**
Treffen jeden 1. und 3. Dienstag im Monat um 19 Uhr in der Wipperstr. 6
- › **BO Kranoldkiez**
Treffen jeden 2. Donnerstag um um 19 Uhr in der Wipperstr. 6. Nächste Treffen am 21. Nov. und 12. Dez.
- › **BO 44**
Nächste Treffen: 21.11., 5.12., 18.12. im »RigoRosa«, Schierker Str. 26.
- › **BO Süd**
Treffen jeden 2. Mittwoch um 18 Uhr im Gemeinschaftshaus Gropiusstadt, Bat-Yam-Platz. Nächste Treffen am 20. Nov., 4. und 18. Dez.

Linksjugend [’solid] Kreuzkölln

Treffen jeden Mittwoch um 18 Uhr in der Wipperstr. 6

BVV-Fraktion DIE LINKE

Kontakt:
linksfraktion@bezirksamt-neukoelln.de
Alle Termine finden im Rathaus Neukölln statt.

- › **November:** 18. und 25.11., jeweils 17:30 Uhr: Fraktionssitzung (A307)
27.11., 17 Uhr: BVV-Sitzung (BVV-Saal)
- › **Dezember:** 2.12., 17:30 Uhr: Fraktionssitzung (A307)
4.12., 17 Uhr: BVV-Sitzung (BVV-Saal)

Kostenfreie Rechtsberatung

Mittwochs 14-16 Uhr in der Wipperstr. 6.

- › **Jobcenter und Sozialrecht:**
27. Nov., 11. Dez.
- › **Mietrecht:**
20. Nov., 4. und 18. Dez.

Terminvereinbarung: 0176/97896139
doris.hammer@die-linke-neukoelln.de

Weitere Termine:

- › www.die-linke-neukoelln.de
- › Facebook: DIE LINKE. Neukölln

Kontakt

DIE LINKE Neukölln, Wipperstraße 6,
12055 Berlin, Telefon: 030/613 59 19,
IBAN: DE16 1007 0848 0525 6078 01

Sprecher*innen:

- › **Sarah Nagel**, 01 522/26 20 956,
sarah.nagel@die-linke-neukoelln.de
- › **Moritz Wittler**, 01 72/1 60 49 07,
moritz.wittler@die-linke-neukoelln.de

Mach mit!

Informieren, diskutieren, mit der LINKEN aktiv werden!

Wenn Du im Kapitalismus nicht das Ende der Geschichte siehst, dann kämpfe mit uns für soziale Gerechtigkeit und den demokratischen Sozialismus.

- Ich möchte die neuköllnisch abonnieren.
- Ich möchte zu Veranstaltungen eingeladen werden.
- Ich möchte Mitglied der Partei DIE LINKE werden.

Name
Anschrift
E-Mail
Telefon



Mietendeckel: Wichtiger Erfolg gegen steigende Mieten und Spekulation

© Illustration: Alysha Umeh

Nach langen Verhandlungen hat sich der Senat auf einen Gesetzentwurf zum Mietendeckel geeinigt. Das Gesetz soll im kommenden Frühjahr in Kraft treten. Das Abgeordnetenhaus muss noch zustimmen. Im Ergebnis steht ein echter Erfolg für die Mieter*innen-Bewegung.

Die wichtigsten Ergebnisse für die Mieter*innen zusammengefasst: Es wird ein **Mietenstopp für alle Wohnungen** verhängt, der auch bei Neuvermietungen gilt.

Erst ab 2022 darf die Miete um einen Inflationsausgleich von 1,3 Prozent pro Jahr erhöht werden, aber auch nicht beliebig hoch, denn:

Es werden **Mietobergrenzen** eingeführt (siehe Tabelle). Diese gelten auch bei Neu- und Wiedervermietungen.

Bestehende Mietverträge können abgesenkt werden, wenn die Obergrenze um 20 Prozent überschritten wird. Je nach Lage der Wohnungen sind Ab- oder Aufschläge bei der Tabelle möglich. Für die Absenkung müssen die Mieter*innen einen Antrag stellen. Diese Regelung wird erst neun Monate nach dem Inkrafttreten des Gesetzes wirksam.

Begrenzung von Luxusmodernisierungen: Wenn Wohnungen modernisiert werden sollen, müssen die Vermieter*innen

dies in Zukunft melden. Umlagen von mehr als einem Euro pro Quadratmeter sind dann nicht mehr möglich.

Der Mietenwahnsinn ist noch nicht zu Ende

Die Immobilienlobby übt weiterhin enormen Druck aus, um das Gesetz noch zu stoppen. Denn es bedroht die Gewinne und die Aktienkurse von Deutsche Wohnen und Co: Nach Schätzung der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung kann der Mietendeckel die Mieter*innen in Berlin um 2,2 Milliarden Euro entlasten. Dieses Geld droht den Investor*innen und Spekulant*innen durch die Lappen zu gehen.

Auch wenn das Gesetz jetzt beschlossen wird und wenn es von den Gerichten für zulässig erklärt wird, ist der Mietenwahnsinn noch nicht zu Ende. Die Eigentümer*innen werden nach Möglichkeiten suchen, sich trotzdem höchstmögliche Profite zu sichern – etwa durch Erhöhung der Nebenkosten oder Einsparungen bei der Instandhaltung.

Für die Mieter*innen geht der Kampf also weiter. Nur eine umfassende Vergesellschaftung der großen privaten Immobilienkonzerne, wie es die Initiative »Deutsche Wohnen & Co enteignen« vorschlägt, kann hemmungsloser Profitgier einen wirksamen Riegel verschieben. ◀ **Moritz Wittler**

Geplante Mietobergrenzentabelle:

Erstmalige Bezugsfertigkeit der Wohnung und Ausstattung	Obergrenze pro m ²
Vor 1919 mit Sammelheizung und mit Bad	6,45 Euro
Vor 1919 mit Sammelheizung oder mit Bad	5,00 Euro
Vor 1919 ohne Sammelheizung und ohne Bad	3,92 Euro
1919 bis 1949 mit Sammelheizung und mit Bad	6,27 Euro
1919 bis 1949 mit Sammelheizung oder mit Bad	5,22 Euro
1919 bis 1949 ohne Sammelheizung und ohne Bad	4,59 Euro
1950 bis 1964 mit Sammelheizung und mit Bad	6,08 Euro
1950 bis 1964 mit Sammelheizung oder mit Bad	5,62 Euro
1965 bis 1972 mit Sammelheizung und mit Bad	5,95 Euro
1973 bis 1990 mit Sammelheizung und mit Bad	6,04 Euro
1991 bis 2002 mit Sammelheizung und mit Bad	8,13 Euro
2003 bis 2013 mit Sammelheizung und mit Bad	9,80 Euro